

# Textilarbeiter-Zeitung

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter

Verlag Heinz Fahrenbrach, Düsseldorf, Flocastr. 7, Tel. 127 92. Druck u. Versand Joh. van Aken, Krefeld, Euth. Kirchstr. 65, Tel. 246 14. Bestellungen durch die Post für den Monat 1,-- M.

Nummer 4

Düsseldorf, den 30. Januar 1932

Verl. d. Post Krefeld

## Rußland

Ein vielgenanntes, von unseren Kommunisten in überschwänglicher Weise gepriesenes Land. Das Vaterland der Arbeiter, wie sie es bezeichnen. Von Rußland und seinem politischen und wirtschaftlichen System erhoffen hunderttausende irreführender, auf den Kommunismus eingeschworener Arbeiter Heil und Erlösung. Die Errichtung der Sowjetherrschaft in Deutschland ist ihr Ziel. Für die Erreichung dieses Zieles arbeiten und opfern sie. In ebenso rücksichtsloser wie unermüdlicher Propaganda suchen sie die Arbeiterschaft für dieses Ziel zu gewinnen. Diese Propaganda schlägt bis in die Kreise der christlichen Arbeiterschaft hinein ihre Wellen. Bis jetzt ohne Schaden anzurichten. Die christliche Arbeiterschaft ist zu geschult, um auf die kommunistischen Schlagworte hereinzufallen. Tatsächlich hat sie auch keine Veranlassung, vom Kommunismus das Heil und die Erlösung zu erhoffen. Schon rein weltanschaulich gesehen, ist von letzterem eher das Gegenteil zu erwarten. Auch die praktischen Verhältnisse in Rußland sind nicht dazu angetan, Begeisterung für das Sowjetssystem auszulösen.

Die Kommunisten erstreben die Diktatur des Proletariats. Wie sieht es damit in Rußland aus? Diese Diktatur wird von der kommunistischen Partei ausgeübt. Sie zählte Mitte 1928 1 317 000 Mitglieder. Und diese Partei beherrscht ein Volk von 150 Millionen Menschen. Das nennt sich dann Diktatur des Proletariats! Die Partei selbst besteht aus einer ausserlesenen Schicht. Nicht jeder kann Mitglied werden. Die Aufnahme setzt eine Bewährungsfrist von sechs Monaten bis zu zwei Jahren und eine Empfehlung durch zwei bis fünf Parteimitglieder mit bestimmter Dauer der Mitgliedschaft voraus. Von Zeit zu Zeit werden „Säuberungsaktionen“ ausgeführt, d. h. „unzuverlässige“ Elemente werden aus der Partei ausgeschafft.

Was außerhalb der Partei steht, sind entweder Feinde oder Gefährten. Zu den Feinden gehören die früheren privilegierten Schichten: Gutsbesitzer, Offiziere, Beamte, Fabrikanten, Hausbesitzer, Geistliche. Sie und ihre Kinder sind politisch entrechtet durch Wahlrechtsentzug und wirtschaftlich benachteiligt durch Vorenthaltung der Bezugshefte für verbilligten Lebensmittelbezug, erschwerte Arbeits-, Verkaufs- und Fortbildungsmöglichkeiten. Die früher Unterdrückten sind also die heutigen Unterdrückten. Die Gefährten sind die breiten Schichten der Arbeiter- und Bauernbevölkerung. Dieser notwendigen Gefolgschaft räumt man politische Rechte insofern ein, als es dem herrschenden Regime gefällt und dessen System nicht gefährdet wird.

Und wie sieht's mit dem Einfluß der Arbeiter in der Partei aus? Darüber macht Trozki, ein Gründer und bei Stalin in Ungnade gefallener früherer Führer der Partei, in seinem Buche „Die wirkliche Lage in Rußland“ interessante Angaben. Danach stellten 1927 die in Betrieben beschäftigten Arbeiter ein Drittel der Parteimitglieder. In den regierenden Organen der Partei aber waren sie wesentlich schlechter vertreten; in den kleinen Distriktsausschüssen z. B. betrug deren Zahl nur 8,9 bis 16,1 Prozent und in den mittleren und größeren Bezirksausschüssen 13,2 Prozent, während 81,8 Prozent dieser Ausschussmitglieder Angestellte in den staatlichen Institutionen waren. Also: das von den Kommunisten so verschriene „Bourgeoisentum“ beherrscht auch in Rußland das Feld. Trozki konstatiert auch an einer Stelle seines Buches: „Bürokratismus wächst auf allen Gebieten, aber ihr Anwachsen ist besonders verderblich in der Parteileitung“, und an einer anderen Stelle: „Der angeschwollene und privilegierte (= bevorrechtete, d. B.) Verwaltungsapparat verschlingt einen ganz beträchtlichen Teil unseres Mehrwertes“ (von uns gesperrt, d. B.).

Und in diesem Parteiapparat menschelt es stark, vielleicht stärker als anderswo. Trozki, der mit dem Stalinischen Kurs nicht einverstanden war und darum diesem gegenüber in Opposition geriet, berichtet von einer „Fälschungsfabrik“, die „Tag und Nacht in zwei Schichten“ gegen ihn arbeite. In Hand von über fünfzig Zitat und Dokumenten habe er die jetzt herrschende theoretische und historische Schule der Fälschung, Verdrehung und Unterschlagung von Tatsachen und Dokumenten überführt. Er spricht von einer Gruppe kommunistischer Beamten, die sich durch Gewalt, durch Erstickung des parteilichen Denkens, durch Zerrüttung der proletarischen Avantgarde nicht nur in Rußland, sondern in der ganzen Welt auf ihren Plätzen festhält. „Und an einer anderen Stelle kennzeichnet er das Bestreben: Die alten Parteimitglieder auszuschließen und sie durch neue Elemente zu ersetzen, die sich vor allem durch ihren unbedingten Gehorsam auszeichnen. Unter diesen seien nicht selten solche, die sich stets durch ihre Unterwürfigkeit gegenüber den alten zaristischen Autoritäten auszeichnet hatten und nun in leitende Stellungen emporstiegen.“

In einer noch viel häßlicheren Form zeige sich diese Erscheinung im staatlichen Apparat. Hier könne

## Die R. G. O.

Sie stürmen vorwärts!

„Wir stürmen vorwärts!“ Unter diesem Schlagwort brachte der „Textil- und Bekleidungsproletarier“ in seiner Nr. 16 vom 30. September einen Aufruf an seine Mitglieder, einen von der revolutionären Gewerkschafts-Internationalen (R. G. I.) empfohlenen Werbeplan, genannt „Halbjahrsplan“, zu verwirklichen. In diesem Aufruf heißt es:

„500 000 Mitglieder, das ist das Ziel, das sich die R. G. O. im Halbjahrsplan stellt. Eine unserer nächsten Aufgaben ist die Brechung des Einflusses der Reformisten und Christen. Um aber an der innereigenen Front Erfolge zu erzielen, gehören starke arbeitsfähige Fraktionen in den reaktionären Verbänden dazu.“

Der bereits genannte Halbjahrsplan läuft am 31. Dezember 1931 ab, und wenn Aufrufe, Pläne, Einbildungen und Uebertreibungen „Bewegung“ wären, dann gäbe es in Deutschland sicher nur eine, die die Arbeiterschaft in der Gesamtheit erfassen könnte — die R. G. O. Um so interessanter ist es, zu hören, wie die Ortsleitungen und Führer an die Erfüllung des Halbjahrsplanes herangegangen sind und welche Wirkung der Aufruf im „Textil- und Bekleidungsproletarier“ gehabt hat. Hier einige Feststellungen aus der kommunistischen Zeitung „Der Revolutionär“ vom Oktober 1931:

Schwarze Tafel der R. G. O.

„Nachfolgende Ortskomitees haben noch nicht die Abrechnung vom Monat August eingefandt.“

Es folgt nun eine Auflistung unter Angabe der Namen aller Orte. Der Raumerparnis wegen geben wir nur die Zahl der Ortskomitees an, die nicht abgerechnet haben. Aus den Unterbezirken Sagen 17, Düsseldorf 4, Barmen 7, Remscheid 4, Solingen 4, Essen 3 Ortskomitees. Unter diesen ist die Mitteilung von dem Bezirkskomitee der R. G. O. Abteilung Kasse.

Drei Monate aus der Literaturfront.

Wie aber ist das Ergebnis in bezug auf die Betriebe? Ganz offen müssen wir feststellen, daß wir hier noch keinen Schritt vorwärts gekommen sind. Hier sprechen unsere Genossen immer noch von den Schwierigkeiten zurück und gehen den Weg des geringsten Widerstandes; abgesehen von einigen Ergebnissen — — — liegen fast keine Ergebnisse vor. Hier müssen wir bald aufhören mit der Diskussion von der Notwendigkeit dieser Arbeit und diesen Genossen konkrete Aufgaben stellen. Lesen wir doch mal den Brief des Literatur-Obmanns (Lit.-Ob.) von Wuppertal 2. Er schreibt: — — — „Ich habe mein Möglichstes versucht, doch als ich wiederholt Zahlliteratur-Obleute aufforderte, abzurechnen, habe ich mir im Laufe der Zeit das Material zurückgeholt. Ich mußte die Feststellung machen, daß Pakete vollständig unberührt lagen, das ist ein unhalbbarer Zustand. Die Genossen halten es nicht für notwendig, Literatur zu verkaufen.“

— Und die R. G. O. stürmt weiter.

Fünf Monate Werbearbeit.

„Um den Halbjahrsplan des Bezirks Niederrhein... Im Aufbau der Betriebszellen zeigt auch der Unterbezirk Düsseldorf noch große Schwächen, obwohl in diesem Unterbezirk für diese Arbeit die besten Voraussetzungen gegeben sind. Düsseldorf konnte nur 40 Prozent seines Solls erreichen, 5500 neue Kämpfer, darunter aber nur 17 Prozent (935) Betriebsarbeiter.“

Bedenkliche Entwicklung der Tagespresse.

„In der Werbung von Abonnenten für die Tagespresse sehen wir auf der ganzen Linie ein Versagen. Wir waren nicht nur nicht instande, unser Werbeplan, was wir uns im Sommerplan

stecken, zu erfüllen, sondern wir haben eine ganze Anzahl Abonnenten der Tageszeitung verloren. Wiederholt wurde auf die bedenkliche Entwicklung der Tagespresse hingewiesen. In unzähligen Sitzungen und Versammlungen wurden die Mängel und Schwächen dieser Arbeit auch gezeigt. Aber eine Besserung der Abonnenten-Werbung für die Tagespresse erreichten wir nicht.“

Lehren für den gesamten Bezirk.

„Der Streikampf der Gemeinbearbeiter (in Düsseldorf). Eine unmögliche Methode zur Mobilisierung des Kampfes war die in einigen Betrieben durchgeführte Urabstimmung über Streik oder Kapitulation vor der Lohnraubbewegung. Die Urabstimmung ist ein Mittel der Gewerkschaftsbürokratie zur Verhinderung der Streiks, zur Zerlegung der kampfbereiten Masse... Der Erfolg der Abstimmung war denn auch, daß etwa 50 Prozent sich an der Abstimmung beteiligten, die mit 80 Prozent Mehrheit den Streik beschloßen. (Also haben sich nur 40 Prozent der gesamten Gemeinbearbeiter an dem Streik beteiligt.) Die Durchführung des Kampfes selbst zeigt gewisse Schwächen in der Zentralkommunikation... Der Kampf ist materiell verloren worden.“

Zurück! March, march!

„Schneidige Kerle sind die Genossen von Wuppertal 6. Anlässlich des Wiedererscheinens der „Kämpferin“ würden auch einige Exemplare an die Ortsgruppe 6 geschickt, um sie neben den laufenden Abonnements zu vertreiben. Um nur zu demonstrieren, wie man die Arbeit nimmt, schickte man einfach darauf „Zurück, march, march“ und schickte das Paket ohne weiteren Kommentar zurück.“

Nach dem Sturm.

Nach einem Jahr.

„... ein einget. Datum wird Genosse... überfällig. Sein Konto beträgt 60,— M. Eine Abrechnung aller fälligen nicht. Die Stelle magst, magst immer wieder. Der Genosse Heintzmann führt sich einen Dr. 5 davon. Nachdem nun nach der Funktionsenthebung neun Monate vergangen sind, kommt auf einmal ein Paket in Düsseldorf an, enthaltend 21 „Betrieb und Gewerkschaft“, 17 „Internationale“, 53 „Parti- arbeiter“, 100 Broschüren usw. Das ganze Material ist schon jahrelang, daß man auf den ersten Blick sieht, daß es nicht aus der Wohnung des Genossen herausgekommen ist.“

Ohne zu öffnen.

„Der Stadtteil Wuppertal 2 schickt im September nicht weniger als 215 „Kote Wähler“ neben dem anderen Material zurück. Der Genosse Lit.-Obmann begründet diese Tatsache damit, daß die Stellen das Material ohne zu öffnen liegen lassen und auf keinerlei Art sich zum Vertriebe bewegen lassen.“

Wir sehen also, daß die R. G. O. überall abgewiesen und selbst von ihren eigenen kommunistischen Genossen nicht ernst genommen wird. Sie muß sich deshalb an andere Kreise wenden. Sie wendet sich nicht an die Unorganisierten. Ihr Kampf gilt nicht der Verbesserung der Lebenshaltung der Arbeiterschaft. Ihr Kampf gilt der deutschen Gewerkschaftsbewegung, die bisher in der Lage war, in Deutschland Ruhe und Ordnung zu sichern und damit den vollständigen wirtschaftlichen Zusammenbruch zu verhindern. Der deutsche Arbeiter rechnet mit einem Wiederaufrüstung. Dieser darf nach der Meinung der R. G. O. nicht wieder kommen. Er wird verhindert, wenn die Gewerkschaften beseitigt werden.

Darum der neue erbitterte Vorstoß der R. G. O. gegen die Gewerkschaften. Die organisierte Arbeiterschaft aber wird auf der Hut sein. Sie weiß zu gut, was es mit den „Erfolgen“ der R. G. O. auf sich hat und wird ihr die gebührende Antwort nicht schuldig bleiben. J. M.

man oft die vollendete Figur des echten streberischen Sowjetbeamten treffen. Bei jeder Gelegenheit schwört er auf den Oktobertag (Gedenktag der Revolution, d. B.); er zeichnet sich durch eine vollständige Gleichgültigkeit gegen die ihm übertragene Aufgabe aus; er lebt mit allen Wurzeln in einem bürgerlichen Milieu, schimpft im Privatleben auf den Parteiführer, und auf Parteiversammlungen „befragt er es“ der Opposition.“

Aus all dem ist zu entnehmen, daß die Diktatur des kommunistischen Parteiapparates — denn von einer Diktatur des Proletariats kann keine Rede sein — auch schwere Auswüchse zeitigt. Das Schlimmste aber ist die rücksichtslose, brutale Unterbindung der Meinungsfreiheit. Eine solche gibt's dem herrschenden Regime und dem bestehenden sowjetistischen System gegenüber überhaupt nicht. Die herrschende kommunistische Partei duldet keine andere Partei oder parteihähnlichen Gebilde neben sich. Sie duldet auch in der Partei keinen noch so laienhaften Zusammenstoß von Gegnern der geltenden offiziellen Linie. Ein regelrechter, in voller Freiheit erfolgender Meinungsaustrausch ist also undenkbar. Trozki und seine Anhänger, die einen solchen Versuch unternahmen, wurden ihrer Ämter enthoben und in die Verbannung geschickt. Trozki bezeichnet als die wesent-

liche Eigenschaft des gegenwärtigen Führertums den Glauben an die Allmacht der Gemalmethoden. Die jetzt herrschende Gruppe benutze Verbannung, Verhaftung und Arbeitsentziehung als Unterdrückungs- und Einschüchterungsmittel gegen ihre eigene Partei. Diese, angeblich der höchste Ausdruck der Diktatur des Proletariats, werde von einer Diktatur der Bürokratie terrorisiert.

Selbstverständlich gibt's auch keine Pressefreiheit. Die Druckereien sind Staatseigentum. Literatur und Presse also in der Hand des Staates. Kritik ist möglich im einzelnen, evtl. bis zur Selbstzerfleischung. Aber nicht am System. Ueber dieses ist eine kritische Meinungsäußerung unmöglich. Nur das parteimäßig Approbierte, also die offizielle Ansicht, findet den Weg in die Öffentlichkeit. Trozki bestätigt auch das, wenn er z. B. sagt: Eine bössartige Polemik werde durch Monate und Jahre hindurch gegen die Ansichten von Bolschewisten geführt, die als die Opposition benutzet werden. Und diesen Bolschewisten sei es nicht gestattet, ihre wirklichen Ansichten in den Spalten der Parteipresse zu veröffentlichen. Und an anderer Stelle: Industriearbeiter, die zur Opposition neigen, müßten für ihre Meinung mit Arbeitslosigkeit bezahlet. Die einfachen Partei-

# R. G. O.-Kongresse

mitglieder dürften ihre Meinung nicht laut aussprechen. Alle Parteiarbeiter würden ihrer Rechte beraubt, sich in der Presse oder auf den Versammlungen auszudrücken. Bezeichnend ist ja auch, daß Trozkis Kritik am herrschenden russischen System nicht in Rußland, sondern in Deutschland erschienen ist. Eine Drücklegung seines Buches in Rußland wäre unmöglich gewesen.

Und wie sind die Auswirkungen dieser fortgesetzten Vergewaltigung der allgemeinen öffentlichen Meinungsfreiheit durch eine bürokratische Diktatur auf Bevölkerung und Partei? Der Schriftsteller Arthur Feiler, der 1929 auf einer mehrmonatigen Reise das bolschewistische Rußland zu begreifen suchte, sagt darüber in seinem durchaus objektiv gehaltenen interessanten Buche „Das Experiment des Bolschewismus“ folgendes: Nicht etwa bloß der Fremde habe während des Gefühls (und mehr als das bloße Gefühl), daß seine Schritte nach Möglichkeit beobachtet werden, daß sein Hoteltelefon mitgehört wird, daß auch die Wände des Hotelzimmers Ohren haben. Auch und gerade die Bevölkerung selbst stehe unter einer beispiellosen, einer Pflegete des Denunziantentums bis zu einem Grade, daß bald niemand mehr dem ändern traute, oft nicht einmal Kommunisten sich untereinander, daß über dem ganzen Lande eine Atmosphäre der Furcht und der Einschüchterung liege, wie ein ewiger, unerträglicher Druck.

Diese Darstellung wird auch von Trozkis indirekt bestätigt. Im Anschluß an seine Feststellung, daß die herrschende Gruppe Verbanntung, Verhaftung und Arbeitsentziehung als Unterdrückungs- und Einschüchterungsmittel gegen eigene Parteigenossen benutzte, sagt er: Das Arbeitermitglied fürchtet sich, in seinem eigenen Lokalverband seine Gedanken auszusprechen. Es fürchtet sich, nach seinem Gemüthen zu stimmen. Wenn aber schon nach Trozkis Aeußerung Parteimitglieder unter solchen Druck gesetzt werden, dann läßt sich leicht ermaßen, wie fürchterlich schwer dieser Druck auf den außerhalb der Partei stehenden Menschen lasten muß. Man vergleiche demgegenüber die weitgehende Schimpf- und Gefreihheit, die die Kommunisten in Deutschland genießen. Würden sich Nichtbolschewisten in Rußland ähnliches erlauben, sie würden kurzerhand gehängt.

Der rückwärtslose bolschewistische Machtherrschafft entsprechend sind auch die politischen Terror- und Machtmittel, die dieser zur Verfügung stehen. Unter diesen Mitteln ist die G. P. U. (geheime politische Polizei) das Gefährlichste und Gefürchtetste. Sie ist die Nachfolgerin der berüchtigten Tscheka. Arthur Feiler kennzeichnet die G. P. U. folgendermaßen: „Ein gewaltiger und gewalttätiger, keiner anderen Schranke als dem Geheiß der Revolution unterworfenen Machtapparat mit eigener Truppe, mit einem geheimen Polizeidienst, mit einem fürchterlichen Spitzelsystem, mit der schrankenlosen Beherrschung der Verhaftungen, mit langen Einzelhaft und ununterbrochenem Kampf der Verurteilten gegen die Verurteilung, mit Verurteilungen, mit Gefängnissen, mit Verhörungen, mit schnell und oft vollstreckten Erschießungen.“ Nur mit Furcht und Schrecken höre man die ominösen drei Worte G. P. U. nennen. Selbst führende Männer des Regimes sprachen ihren Namen mit Zagen, weil sie wußten, wie oft diese Organisation, allmächtig und unbeschränkt, auch in den unmittelbaren Bereich der Staatsverwaltung und der Politik eingegriffen habe.

Die G. P. U. arbeitet also mit den gleichen Mitteln und Methoden, sie verfährt mit den Opponenten gegen das herrschende Regime und mit den sonstigen, antibolschewistischen Tendenzen verdächtiger Personen genau so rücksichtslos und grausam wie die frühere zaristische Regierung es ihren revolutionären Gegnern gegenüber getan hat. Es sind also nur die Rollen vertauscht; der rücksichtslose Terror ist geblieben. Das wird bestätigt durch einen recht interessanten und aufschlußreichen, in Trozkis Buch erschienenen Bericht über seine und seiner Mitgenossen Deportation. Danach wurden sie durch behördlichen Befehl der G. P. U. genau wie in der zaristischen Zeit verbannt. Sie erhielten die Aufforderung, sich in 24 Stunden bereitzumachen. Die Verbannungsorte sind dieselben wie unter der alten zaristischen Herrschaft. Auch die Methoden der Verhaftung sind geblieben. Trozkis wurde von Beamten der G. P. U. unter brutaler Gewaltanwendung gezwungen, einen Tag vor dem festgesetzten Termin den Weg in die Verbannung anzutreten. Von seinen Mitgenossen wird gesagt:

„Die in Moskau eingekerkerten Genossen der Opposition befinden sich in entsetzlichen Verhältnissen. Die Frauen sitzen im Gefängnis in den Zellen mit Verbrecherinnen und Prostituierten zusammen. Die Männer mit Verurteilten und Dieben. Sie dürfen keine Besuche empfangen. Sie werden schlecht ernährt und bekommen keine Erlaubnis, etwas von außen zu empfangen. Es ist natürlich unausbleiblich, daß verschiedene unter diesem Regime zusammenbrechen.“

Bei all dem ist zu berücksichtigen, daß es sich hier um führende, um den Bolschewismus verdient gemachte und mit diesem noch wie vor innerlich verbunden stehende Kommunisten handelt. Deren einziges Verbrechen bestand darin, daß sie mit dem von der herrschenden Klasse eingeschlagenen Kurs nicht einverstanden waren.

Damit haben wir einen kleinen Auschnitt aus der in Rußland herrschenden Diktatur des „Proletariats“ gegeben. Eine solche Verletzung des Denkens und eine derart rücksichtslose Unterdrückung jeder freien Meinungsäußerung kann man einem Volk von Analphabeten, wie es das russische war und größtenteils heute noch ist, bieten. Wir als Deutsche und insbesondere wir als christlich-nationale Arbeiter bedanken uns dafür. So sehr auch wir noch um größere Freiheit und Unabhängigkeit, um eine größere Arbeitsfreiheit zu kämpfen haben, ein Kampf mit russischen Verhältnissen würde uns vom Regen in die Traufe bringen.

Zu den Propaganda-Mitteln der R. G. O. gehört auch die Abhaltung sogenannter Kampfkongresse. Zweck dieser Kongresse ist natürlich keineswegs, Mittel und Wege zur Stärkung der organisierten Arbeiterschaft zu suchen und deren Lage zu verbessern. Aufgabe ist vielmehr, gegen die gewerkschaftlichen Organisationen zu putzen und die Arbeiterschaft durch Uneinigkeit und Verhetzung müde und für kommunistische Phrasen reif zu machen. Dafür folgende Beispiele:

Ein Rundschreiben, Anweisung zum Einheitskongreß zur Herstellung der roten Einheit, zum Kampf gegen Hunger und Faschismus, gegen Not und Reaktion, liegt uns vor:

„Die kommunistische Partei Baden-Spitz hat für den 13. Dezember in Mannheim einen Einheitskongreß sozialdemokratischer, christlicher und parteiloser Arbeiter einberufen. Als Delegierte für den Einheitskongreß und Kampfkomitees werden gewählt: in erster Linie S. P. D.-Arbeiter, christliche, parteilose und nationalsozialistische Arbeiter. Die Delegierten müssen reiflos von ihren Wählern finanziert werden. Bei von Gewerkschaften gewählten Delegierten muß die Finanzierung durch die Gewerkschaften durchgeführt werden. Jeder Delegierte muß für die Kosten des Kongresses auf dem Kongreß RM. 1.— in Zahlung bringen. Der Zweck des Kongresses: trotzdem die R. G. O. mehrfach Streiks erfolgreich durchzuführen konnte, ist es uns nicht gelungen, diese im allgemeinen auf eine größere Basis zu stellen und Massenstreiks zu organisieren. Hierin liegt sich unsere Schwäche, daß wir es nicht verstanden haben, eine gut geführte Einheitsfront entsprechend einer revolutionären Strategie und Taktik durchzuführen.“

Am 29. November fand ein Kampfkongreß der R. G. O. für den Bezirk Niederrhein in Buppertal-Barmen statt. Jedem Teilnehmer wurde eine rote Mappe mit Material überreicht. Die Geschäftsordnung unterchied sich in nichts von denen der Veranstellungen der so verhassten Bürokratie. Vorberichtigungen zur Diskussion sind schriftlich unter Angabe des Namens, der Funktion in der Organisation und des Betriebes (Stempelstelle) beim Präsidenten einzureichen. Die Redezeit für Diskussionsredner beträgt 10 Minuten. Zum Schluß der Tagesordnung gemeinsamer Gesang (die Internationale). Hierzu hatte man auch christliche Arbeiter gewählt. Unser Gewährsmann berichtet uns darüber:

„Nach einem fast zweistündigen Vortrage des Reichstagsabgeordneten Hühnel folgte eine kurze Diskussion ein. Der Vortrag war eine einzige Lobrede auf Sowjetrußland. Einmal Konkretes und Positives wurde den Teilnehmern nicht gesagt. Nach jeder Diskussionsrede forderte der Vorsitzende des Kongresses immer wieder zum Eintritt in die R. P. D. und R. G. O. auf. Nachmittags gegen 3 Uhr erklärte Hühnel folgendes: „Leider haben sich bis jetzt von den ca. 200 Teilnehmern erst 12 zur R. P. D. und R. G. O. bekannt bzw. als Mitglieder eingeschrieben. Das ist zu wenig. Bis 4 Uhr haben wir mindestens 100 haben. Darauf entstand allgemeine Entrüstung bei den Teilnehmern, die dazu führte, daß über die Hälfte, anscheinend noch gewerkschaftlich denkende, protestierend den Kongreß verließen.“

## Schiedspruch für Baden

Am 18. Januar fanden in Freiburg/Brsg. vor dem Landeschlichter für Südwestdeutschland die Lohnverhandlungen für die bad. Textilindustrie statt. Da die Parteien sich nicht einigen konnten, wurde eine Spruchkammer gebildet. Diese sollte nach mehr wie fünfständigen internen Verhandlungen abends nach 7 Uhr folgenden Schiedspruch:

1. Ab 18. Januar 1932 wird das Lohnabkommen vom 7. 3. 1927 in Kraft gesetzt mit der Maßgabe, daß die Zulagen nach dem Lohnsatz für Sorarbeiter, Schlichter, Färber (7 d), gelehrte Kardenspleißer und Zylindermacher) nach dem Lohnsatz vom 2. 6. 26 Geltung haben.
2. Dieses Abkommen ist mit vierwöchiger Frist erstmals am 1. April 1932 kündbar.

Erklärungsfrist bis Freitag, den 22. Januar 1932.

Die verurteilt, werden die Gewerkschaften diesen Schiedspruch annehmen. Die Arbeitgeber haben bereits ihre Zustimmung erklärt. Voraussetzungslos werden daher die Gewerkschaften beim Reichsarbeitsministerium die Verbindlichkeit beantragen.

Der Lohnstreit in der badischen Textilindustrie dürfte damit seine Erledigung gefunden haben. Der Schiedspruch bedeutet einen Lohnabbau von rund 5 Prozent gegenüber dem von den Arbeitgebern durch ihren Kündigungsausschlag verlangten Abbau von 15 Prozent.

## Zweierlei Maß

Durch Verordnung vom 20. November 1931 hat der badische Innenminister für die nichtständigen Mitglieder des Landesversicherungsamtes die Aufwandsentschädigung für Sitzungen neu geregelt. Für die Versicherten ist dabei für Zeitverlust und Auslagen eine Entschädigung in der Höhe von 4.— RM für auswärtige Teilnehmer festgesetzt. Dazu kommen selbstverständlich noch Fahrtauslagen und gegebenenfalls Uebernachtungskosten.

Gegen diesen Betrag wird angefaßt der heutigen Verhältnisse durchaus nichts eingeräumt werden können. Sehr eigenartig muß es aber berühren, daß die Arbeitgebervertreter für dieselben Sitzungen den doppelten Betrag als Aufwandsentschädigung erhalten. Man kann doch nicht gut annehmen, daß der badische Innenminister die Teilnahme der Arbeitgebervertreter an diesen Sitzungen doppelt so wertvoll einschätzt, als die Beteiligung der Versichertenvertreter. Höhere Auslagen der Arbeitgebervertreter werden zwar häufig vorkommen. Das ist aber kein Grund, höhere Entschädigung zu gewähren. Denn die persönlichen Ansprüche an die Lebenshaltung können doch keinesfalls als Maßstab in Frage kommen. Diese also nur noch die Absicht, daß der Zeitverlust der Arbeitgebervertreter doppelt so wertvoll eingeschätzt wird, wie der Zeitverlust der Versichertenvertreter. Auch das wäre überlegig. Denn die Ausübung eines

Aus dem Inhalt der Mappe interessieren uns am meisten die Anschriften an die Delegierten, die ein einziger hagerfüllter Kampf gegen die reformistischen und christlichen Gewerkschaften waren. Die gelbe Broschüre „Der Arbeitererrat der Gewerkschaftsböden“ durfte nicht fehlen. Für die Frau ein raffiniert zusammengefaltetes knallrotes Flugblatt mit einem grauen Fragezeichen und der neugierig machenden Frage: „Wissen Sie schon?“ Der Inhalt beschränkte sich auf einige häusliche Ratschläge und forderte im allgemeinen zum Bezug der Zeitschrift „Der Weg der Frau“ auf. Daß auch die „Freiheit“, das Organ der kommunistischen Partei Deutschlands für den Bezirk Rheinland und Westfalen, nicht fehlen durfte, versteht sich von selbst. So dick die Mappe, so wertlos ihr Inhalt.

Nachdem trotz eifrigster Werbearbeit, trotz Kampfkongresse und Verschwendung einer ungeheuren Menge von Drucksachen, trotz Herausgabe von Betriebszeitungen, nicht einmal ein Teil des Halbjahresplanes erfüllt werden konnte, hat sich die R. G. O. ein neues Kampffeld ausgesucht. Wieder sind es die Gewerkschaften. „Der Textil- und Bekleidungs-Proletariat“ bringt in seiner Nr. 22 von Anfang Dezember v. J. eine Aufforderung an die Mitglieder der R. G. O. unter der Ueberschrift: „Rüftet zu den Ortsverwaltungen wählen — Eine wichtige Arbeit an der innergewerkschaftlichen Front!“

In wenigen Wochen finden in den reformistischen und christlichen Gewerkschaften die Neuwahlen zu den Ortsverwaltungen der Zahlstellenleitungen statt. Die Neuwahlen zu den Ortsverwaltungen geben der R. G. O. eine gute Möglichkeit zur Verstärkung ihres Einflusses und ihrer Position in den reaktionären Gewerkschaften. Sie müssen für jede Betriebs- und Stempelstellengruppe, für jedes Ortskomitee erschaftete Veranlassung sein, die bisher geleistete Arbeit zu überprüfen, die Fraktionen auf- und auszubauen und sofort auf der ganzen Linie vorzustößen, um die Wahlen zu einer ersten Abrechnung mit der verräterischen Politik der Bürokratie zu machen. Die Ergebnisse der Politik der Bürokratie müssen von uns zum Anlaß genommen werden, um den gewerkschaftlichen Mitgliedern an Hand praktischer Tatsachen zu beweisen, daß die reformistische Bürokratie die Gewerkschaften zu Werkzeugen der Unternehmer gegen die Arbeiterklasse gemacht hat und daß einzig und allein die R. G. O. in der Lage ist, den Kampf der Arbeiter gegen die Offensive des Kapitals zu organisieren und zu führen.

Die Textilarbeitererschaft bedankt sich für Ende und Führung eines solchen Kampfes, wie ihn die Gemeindearbeiter in Düsseldorf erleben mußten. Vom moralischen und kommunistisch-politischen Erfolg kann kein Textilarbeiter besser leben. Der Wunsch der R. G. O., die Ortsverfassungen und Wahlen zum Tummelplatz kommunistisch-politischer Ideen zu machen, wird nicht in Erfüllung gehen. Sollte sich wirklich irgendwo ein Textilarbeiter als Spindel in unsere Mitgliederlisten hineingedrängt haben, da wird die nächste Generalversammlung der Ortsgruppe neben den notwendigen Wahlen auch den Antrag stellen, dieses verirrte Kommunistenschildchen aus dem Verbandsauszug zu streichen, damit es seiner eigenen Herde wieder zugeführt wird. Gerade in der heutigen Zeit wird die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft sich der Notwendigkeit und Bedeutung ihrer Gewerkschaften bewußt sein.

Ehrenamtes in der Sozialversicherung ist kein Privatgeschäft, sondern Standespflicht. Wenn erst durch höhere Vergütungen für Arbeitgebervertreter der Anreiz zur Ausübung dieser Ämter geschaffen werden müßte, dann wäre es besser, auf die Wirksamkeit dieser Kreise ganz zu verzichten. Die Versicherten erwarten vom badischen Innenminister, daß alsbald die unterschiedliche Bemessung dieser Aufwandsentschädigungen beseitigt wird.

Leider hat man auch da und dort in anderen deutschen Ländern an Oberversicherungsämtern usw. ähnliche Erfahrungen gemacht. Verschiedene Stellen der Arbeitsgerichtsbehörde versuchen ebenfalls, mit zweierlei Maß zu messen und für Arbeitgeber unter „Geschäftsausfall“ höhere Entschädigungen für Sitzungen zu verrechnen. Mit aller Entschiedenheit muß sich die Arbeiterschaft zur Wehr setzen, um eine solche Mißbewertung der Arbeitnehmervertreter zu verhindern.

## Allgemeine Rundschau

Eine Eingabe des Deutschen Gewerkschaftsbundes zur Mietenkung.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat an die Reichsregierung eine Eingabe gerichtet, welche die Senkung der Neubaukosten betrifft und u. a. folgendes ausführt:

Die durch die Vierte Notverordnung herbeigeführte Mietenkung in Neubauwohnungen ist nicht ausreichend und bleibt in ihrem Ausmaß erheblich hinter den von der Regierung in Aussicht gestellten Erleichterungen zurück. Der Deutsche Gewerkschaftsbund ersucht deshalb die Regierung, eine weitere Senkung der im Verhältnis zu den Altwohnungen übersteuerten Neubaukosten herbeizuführen. Die Voraussetzungen dazu sind durch Streichung der Verzinsung und Tilgung der Bauzinsrentenhypotheken und Herabsetzung der Grundsteuer zu schaffen.

## Achtung! Arbeitslosen-Berichterstattung!

Den einzelnen Geschäftsstellen sind vor einigen Tagen die neuen Berichtskarten für die Arbeitslosen-Berichterstattung zugegangen. Jettmäßig waren der Sendung Karten beigelegt, worauf die Braucheneinteilung auf der Vorderseite steht. Diese Karten sind sofort zu verzichten und Ersatz bei der Hauptgeschäftsstelle dafür anzufordern.

Die Hauptgeschäftsstelle.

## Versammlungskalender.

Lauban (Schlesien). Nächste Versammlung am 2. Februar 1932, 8 Uhr abends im kath. Vereinshaus, Neuhäuser Gäßchen. Um zahlreiches Erscheinen wird gebeten.

## Inhaltsverzeichnis.

Artikel: Rußland! — Die R. G. O. — R. G. O.-Kongresse — Schiedspruch für Baden. — Zweierlei Maß. — Allgemeine Rundschau: Eine Eingabe des Deutschen Gewerkschaftsbundes zur Mietenkung. — Versammlungskalender.

Schiffleitung: Otto Walter, Düsseldorf, Florstraße 1.



